

Kreativität gefragt

Staatssekretär Dr. Klaus Sühl stellt sich vor Ort den Problemen im Ilm-Kreis

Auf Initiative des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (DIE LINKE) besuchte Staatssekretär Dr. Klaus Sühl aus dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft den Ilm-Kreis.

Auf dem Programm standen der Bahnhof Arnstadt mit dem ungelösten Toilettenproblem, die seit langem geplante Sanierung der Ortsdurchfahrt der L 2149 in Liebenstein und die nichtvorhandene Windschutzanlage an der Brücke der „Zahmen Gera“ auf der A 71. Start war am Bahnhof Arnstadt.

1800 Reisende passieren nach Angaben von Christine Kromke, Leiterin des Bahnhofmanagements in Erfurt, diesen Knotenpunkt täglich. Erst vor zwei Jahren erfolgte die Sanierung mit rund 378.000 Euro. Auf die Errichtung einer Toilettenanlage wurde allerdings verzichtet. Eine rechtliche Verpflichtung für die DB AG gebe es dafür nicht.

Ein Uding für Staatssekretär Dr. Sühl: „Ein so toller Bahnhof ohne Toilette geht überhaupt nicht.“ Es müsse dringend eine Lösung gefunden werden. Vorstellbar sei ein Gemeinschaftsprojekt von Stadt, Land und DB AG. Die Bahn würde eine Fläche zum Bodenrichtwert kostengünstig zur Verfügung stellen. Bei Kosten von 400.000 Euro müsse die Stadt einen Eigenanteil von 60.000 Euro beisteuern, die, so der erste Beigeordnete, Ulrich Böttcher, die Stadt derzeit allerdings nicht hat. Dr. Sühl bringt in diesem Zusammenhang einen möglichen privaten Dritten ins Spiel und fordert Kreativität. „Alle Beteiligten haben ein Interesse, jetzt muss einer das in die Hand nehmen und das muss die Stadt sein“, so der Staatssekretär.

Nächste Station: Liebenstein. Hier wartete bereits der älteste Bürgermeister Thüringens, Albrecht Dürer, ungeduldig auf den Besuch aus Erfurt. Gemeinsam mit Experten aus dem Ministerium wurde der Zeitplan für die bislang auf Eis liegende Sanierung der Ortsdurchfahrt der Landesstraße bera-

ten. Ein Bürger, so berichtet Dürer, hätte ihm gesagt: „Wir haben eine mittelalterliche Burg, dazu gehört dann auch eine mittelalterliche Straße.“ Das beschreibt den Zustand der Straße treffend. Alle Beteiligten sind sich einig, dass diese grundhaft saniert werden muss. Dabei kommt auf die Gemeinde ein Eigenanteil von 500.000 Euro zu, welcher über Fördermittel auf 125.000 Euro gesenkt werden könne.

Seitens des Ministeriums wurde ein Zeitplan auf den Tisch gelegt, welcher das Jahr 2018 für die Sanierung vorsieht. Bis dahin könne die Gemeinde ihren Eigenanteil auch sicherstellen, wurde vom Chef der VG „Oberes Gera-

das Anbringen einer Windschutzanlage seit Jahren ab. Unverständnis herrscht insbesondere, weil auf der wenige hundert Meter entfernt gelegenen Reichentalbrücke eine solche Anlage mit fünf Millionen Euro errichtet wurde.

Im Zuge der Eröffnung der A 71 wurde die damalige Bundesstraße herabgestuft, sodass nunmehr die anliegenden Gemeinden die Kosten für entstandene Schäden durch den Umleitungsverkehr zu tragen haben. Dieses Problem will jetzt das Land angehen. Das zuständige Landesamt sagte zu, dass künftig nach jeder Sperrung der A 71 eine Prüfung von Schäden außerhalb der Fahrtrinne erfolge und eine Behe-



tal“, Rolf Fleischhauer, bestätigt. Dann sei die Gemeinde wieder kreditwürdig. Staatssekretär Sühl zeigte sich mit dem Ergebnis der Beratung zufrieden und bot weiter seine Unterstützung an.

Den Abschluss bildete der Besuch in Geraberg. Thema hier das leidige Problem der nicht vorhandenen Windschutzanlage an der Brücke der „Zahmen Gera“ auf der A 71, welche bei Sperrung zu schwerwiegenden Problemen insbesondere durch Schwerlastverkehr in Elgersburg wie auch Geraberg führt. Der zuständige Bund lehnt

bung unverzüglich eingeleitet werde. Es werde zudem im Herbst eine Verkehrszählung und -befragung durchgeführt, um möglicherweise den Straßenabschnitt Geraberg-Elgersburg hochzustufen. Der Elgersburger Bürgermeister, Ingolf Schwarze, begrüßte die vorgeschlagenen Schritte, mahnte aber an, weiterhin Druck gegenüber dem Bund hinsichtlich der Errichtung einer Windschutzanlage an der Brücke der „Zahmen Gera“ auszuüben.

Matthias Gärtner

VON A BIS Z:

Mindestlohn Gipfel

Am 5. März fand in der Thüringer Staatskanzlei der sogenannte Mindestlohn Gipfel statt. Dazu die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion Ina Leukefeld: „Arbeitszeiten zu dokumentieren, ist eine Mindestvoraussetzung für die tatsächliche Umsetzung des Mindestlohns. So viele Kontrollen wie nötig und nicht wie möglich, darum geht es, wenn das Gesetz nicht umgangen werden soll.“

Beim Gipfel sei Einigkeit vorherrschend gewesen, dass der Mindestlohn lange überfällig war. „Klar herausgestellt wurde, dass Arbeitszeiten zu dokumentieren eine Selbstverständlichkeit sein muss, um den Mindestlohn tatsächlich umzusetzen. Nur wer Mehrarbeit nicht bezahlen will, wehrt sich gegen diese Dokumentationspflicht, denn ansonsten ist sie auch unabhängig vom Mindestlohn notwendig. Auch die Auswirkung des Mindestlohns auf die Lohnentwicklung insgesamt ist richtig und gewollt, schon allein, um in Zukunft Altersarmut zu verhindern.“

Die Abgeordnete teilt die Auffassung des kommunalen Arbeitgeberverbandes, dass der Mindestlohn auch vor Überbietungswettbewerb schützt und bei der Sicherung von Qualität der Arbeit hilft. Die Erklärung, dass Thüringen weg muss vom Image eines Niedriglohlandes hätten alle Teilnehmer übereinstimmend bestätigt. „Die kontroverse Debatte hat gezeigt, dass weitere Aufklärung not tut. Im Übrigen würde die Aufhebung von Ausnahmen auch weniger Bürokratie bedeuten.“

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April statt.

Vorankündigung:

Auch in diesem Jahr wird der Thüringer Landtag die Bürgerinnen und Bürger wieder zu einem Tag der offenen Tür in den Landtagskomplex nach Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, einladen. Er findet statt am Sonnabend, den 13. Juni.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Investitionspaket

„Die neuen Bundesländer und somit auch Thüringen werden beim angekündigten kommunalen Investitionspaket der Bundesregierung benachteiligt. Die Landesregierung erhält unsere volle Unterstützung bei den notwendigen Verhandlungen“, so MdL Frank Kuschel. Es sollen gezielt finanzschwache Kommunen unterstützt werden. Zur Ermittlung der Finanzschwäche werden die Einwohnerzahl, die Höhe der Anteile an Kassenkrediten und die Zahl der Arbeitslosen zugrunde gelegt. Thüringen ist benachteiligt, weil die im Bundesvergleich sehr niedrige Steuerkraft der Kommunen keine Berücksichtigung findet. Im Bundesschnitt beträgt diese ein Drittel, in Thüringen derzeit weniger als 25 Prozent.

Frauen

In Thüringen lebten im Jahresdurchschnitt 2013 nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik 957 Tausend Frauen und Mädchen im Alter von 15 Jahren und älter. Das waren 51 Prozent der Bevölkerung in diesem Alter. Die Frage nach dem Lebensstyp beantworteten die Frauen folgendermaßen: Die Hälfte der Frauen bestimmten sich als Ehefrauen, zehn Prozent bezeichneten sich als Lebenspartnerinnen, weitere acht Prozent der Frauen waren Alleinerziehende. Allein lebte ein Viertel aller Frauen, sieben Prozent der Befragten gaben an, als Tochter im Elternhaus zu leben. 489 Tausend bzw. 72 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren gingen einer Erwerbstätigkeit nach.

Pille

Dass ab Mitte März „endlich die ‚Pille danach‘ auch ohne Rezept in den Apotheken erhältlich ist“ (Bundsratsentscheidung vom 6. März) hat die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, ausdrücklich begrüßt. Das Medikament stehe für den Notfall zur Verfügung, wenn eine Verhütungspanne passiert sei oder die Verhütung ganz vergessen worden sei. Es sei aber auch wichtig, um Frauen in Notsituationen, wie nach Vergewaltigung oder ungeschütztem Sex, zu helfen. „Der nächste Schritt wäre eine kostenfreie Verhütung für alle Frauen und Männer als Leistung der Krankenkassen“, forderte die Politikerin und verwies auf Forderungen u.a. von Frauenverbänden.